Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 9. Januar 2013
Ausgabe 006
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen
› Ausstellung „München: Quartier beziehen“ in der Rathausgalerie 4
› Ausschreibung Stipendien für Literatur 2013 4
› 50.000 Kilometer durch Europa: Lesung mit Oliver Lück 5
› Infofon bildet Jugendliche für Telefondienst und Onlineberatung aus 5
› Vortrag: „Fördermöglichkeiten für Wohnungsumbau im Alter“ 6
Antworten auf Stadtratsanfragen
› Personalmangel und -ausfälle in den städtischen Krippen häufen sich: bei wie vielen herrscht Alarmstufe rot? 7
› Das Chaos in der Vergangenheit beim Baumanagement der Städtischen Klinikum München GmbH braucht eine konkrete Aufklärung. Es müssen Ross und Reiter bei den Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten benannt werden. 11
› Was ist mit den Münchner Taxen los? 12
› Fahndungserfolge beschleunigen – Fahndungsfotos zeitnah veröffentlichen! 14
› Islamische Speisevorschriften an Münchner Kindergärten? 15
› Knapper Wohnraum für Studenten – eine unendliche Geschichte 17
› Belastende GEZ-Gebühren 19

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 10. Januar, 10 Uhr, Ratstrinkstube im Rathaus
Wie sieht München in 20 Jahren aus? Wie wird die Stadt den privaten und öffentlichen Verkehr managen? Wie und aus welchen Quellen wird der Energiebedarf der wachsenden Metropole gedeckt? Diese Problemstellungen und Münchens Antworten darauf werden im Mittelpunkt der Jahrestagung des europäischen Städtenetzwerks EUROCITIES 2014 in München stehen. Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, gibt einen Überblick über die Planungen der Stadt für diese Jahrestagung und stellt die Technologiepartner vor. Diese werden bei der Pressekonferenz vertreten von Dr. Thomas Becker, Leiter Politik der BMW Group, Rolf Martin Siegers, Leiter Siemens Deutschland, und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München. Für EUROCITIES wird der Geschäftsführer der Organisation, Paul Bevan, auf dem Podium sitzen.

Donnerstag, 10. Januar, 11 Uhr, Städtische Galerie im Lenbachhaus – Kunstbau, Zwischengeschoss der U-Bahnstation Königsplatz
Jahrespressekonferenz der Städtischen Galerie im Lenbachhaus mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Prof. Dr. Helmut Friedel, Direktor des Lenbachhauses, und Dr. Matthias Mühling, Sammlungsleiter Lenbachhaus. Nach vier Jahren Sanierung und Erweiterung des Museums durch das Architekturbüro Foster + Partners wird das Lenbachhaus am 8. Mai 2013 wiedereröffnet. In der Pressekonferenz werden das Ausstellungsprogramm für 2013 sowie Neuerwerbungen vorgestellt.
Achtung Redaktionen:
Um Akkreditierung unter presse-lenbachhaus@muenchen.de wird gebeten.

Wiederholung
Donnerstag, 10. Januar, 19 Uhr, Rathausgalerie
Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet die Ausstellung „Zukunft findet Stadt 2013", die in diesem Jahr bereits zum 15. Mal stattfindet. Bis 28. Februar werden dort unter dem Titel „München: Quartier beziehen" die neu entstandenen Siedlungen auf ehemaligen Kasernenflächen und Pläne für die künftige Entwicklung vorgestellt.
(Siehe auch unter Meldungen)

Samstag, 12. Januar, 12.30 Uhr, c/o Blümel, Wolframstraße 13
Stadträtin Beatrix Burkhardt (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Auguste Ehard im Namen der Stadt zum 107. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 16. Januar, 19 Uhr, Gasteig, Besprechungsraum 4.156 (4. OG, Aufzug in der Glashalle links neben der Cafeteria), Rosenheimer Straße 5 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 16. Januar, 18.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomsen.

Mittwoch, 16. Januar, 19.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart).

Mittwoch, 16. Januar, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 16. Januar, 19 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 16. Januar, 19.30 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

Ausstellung „München: Quartier beziehen“ in der Rathausgalerie
(9.1.2013) Bürgermeisterin Christine Strobl und Stadtbaurätin Prof. Dr.(I) Elisabeth Merk eröffnen am Donnerstag, 10. Januar, 19 Uhr, in der Rathausgalerie die Ausstellung „München: Quartier beziehen. Wohnen und Leben auf früheren Militärflächen.“ Bis Anfang der 1990er-Jahre war München eine der größten Garnisonsstädte der Bundesrepublik. Das Freiwerden zahlreicher Militärflächen nach Ende des Kalten Krieges bot eine Jahrhundertchance für die Entwicklung der Landeshauptstadt – München hat sie ergriffen. Die Ausstellung „München: Quartier beziehen“ zeigt den in dieser Dimension deutschlandweit einmaligen Transformationsprozess von acht ehemaligen Militärarealen und gibt einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen. Zahlreiche Fallbeispiele, fotografische Momentaufnahmen und Fundstücke aus den ehemaligen Militärarealen erzählen die Geschichte des Wandels aus einer Vielzahl von Blickwinkeln. Zu diesem Anlass erscheint auch die Publikation „Von der Kaserne zum Stadtquartier“ mit zahlreichen Fachbeiträgen und Interviews zur Konversion von Militärflächen in München. Weitere Informationen zur Ausstellung und zum Rahmenprogramm *unter www.zukunft-findet-stadt.de* und *www.muenchen.de/plantreff*

Ausschreibung Stipendien für Literatur 2013
(9.1.2013) Die Landeshauptstadt München vergibt 2013 (biennal) wieder fünf Stipendien für Münchner Autorinnen und Autoren sowie ein Stipendium für Übersetzerinnen und Übersetzer in Höhe von je 6.000 Euro. Zusätzlich wird der „Leonhard und Ida Wolf-Gedächtnispreis für Literatur“ (maximal 3.000 Euro) vergeben.
Mit den vier Literaturstipendien sollen vielversprechende Projekte vorwiegend jüngerer Münchner Autorinnen und Autoren gefördert werden; es besteht jedoch keine Altersgrenze. Das Stipendium für Übersetzerinnen und Übersetzer fördert eine herausragende Leistung in der Übertragung eines besonders anspruchsvollen Textes ins Deutsche. Ein weiteres Stipendium wird im Bereich Kinder- und Jugendliteratur vergeben.
Bewerbungen können bis 21. März (Datum des Poststempels) beim Kulturreferat eingereicht werden: Kulturreferat/Abteilung 1, Literaturstipendien, Burgstraße 4, 80331 München.
Die detaillierten Ausschreibungsbedingungen finden sich unter *www.muenchen.de/kulturfoerderung* und liegen unter anderem im Literaturhaus aus. Nähere Informationen bei Katrin Dirschwigl, Telefon 2 33-2 11 96, E-Mail katrin.dirschwigl@muenchen.de.

50.000 Kilometer durch Europa: Lesung mit Oliver Lück

(9.1.2013) 20 Monate ist der Journalist und Fotograf mit seinem VW-Bus und seiner Hündin Locke durch Europa gefahren: Mehr als 50.000 Kilometer – von Portugal bis Estland, von Norwegen bis Sizilien, von den Kanarischen Inseln bis zur russischen Grenze. Doch nicht, um Urlaub zu machen, sondern um Geschichten zu finden: von Abenteurern, Aussteigern und Ausnahmetalenten. Am 14. Januar, 19 Uhr, liest Oliver Lück in der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig aus seinem Buch „Neues vom Nachbarn – 26 Länder, 26 Menschen". Seine kraftvolle, lustige und berührende Hommage an das Leben in Europa illustriert er dabei mit vielen Bildern.

Lück traf auf seiner Reise besessene finnische Goldsucher, den Weltfußballer Lionel Messi und eine Sizilianerin, die seit Jahren gegen die Mafia kämpft. Er besuchte den besten Freund von Arnold Schwarzenegger und eine alte Frau, die an einem einsamen Strand in Lettland 35 Flaschenpostbriefe aus halb Europa gefunden hat. Er lernte eine schwedische Biologin kennen, die Leichen kompostieren will. Und er lernte, dass die Größe der Wodkagläser von West nach Ost zunimmt, bis ihm kurz vor Russland ganze Flaschen vorgesetzt wurden.

Die Lesung findet im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig statt; der Eintritt ist frei. Weitere Informationen unter *www.muenchen.de/europa*. Die Veranstaltung wird vom Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI) organisiert. Das EDI ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig mit Förderung der Europäischen Kommission.

Infofon bildet Jugendliche für Telefondienst und Onlineberatung aus

(9.1.2013) Infofon ist der Münchner Telefondienst von Jugendlichen für Jugendliche, gefördert vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München. Unter der Nummer 1 21 50 00 bekommen junge Menschen täglich von 18 bis 22 Uhr Informationen aller Art sowie Rat und Hilfe. Unter der Adresse *www.info4mux.de* werden zudem die unterschiedlichsten Fragen auch online beantwortet.

Ab Februar bildet Infofon wieder Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren zum Telefondienst und zur Onlineberatung aus. Für die Bearbeitung der Anfragen werden die Jugendlichen von Infofon intensiv geschult. Zu den Themen der Grundausbildung gehören zum Beispiel Grundlagen der Gesprächsführung, interkulturelle Verständigung, Drogen und Sucht, Formen von Gewalt, Stadtstruktur oder Liebe und Sexualität. Ausbildungsbeginn ist dieses Jahr Ende Februar. Die Ausbildung startet mit einem Informati-

onsabend, an dem das Projekt und die Ausbildung vorgestellt werden. Die Ausbildungseinheiten finden in der Regel einmal wöchentlich statt. Ausbildungsende ist Juni 2013. Einladungen erhalten die, die sich unter Angabe ihres Alters und ihrer Adresse bei Infofon melden.
Bei Interesse reicht ein Anruf im Infofon-Vereinsbüro unter 1 89 50 79-17 oder eine E-Mail an team@1215000.de, um sich auf die Warteliste setzen zu lassen. Natürlich werden hier auch gerne weitere Fragen zur Ausbildung bei Infofon beantwortet.

Vortrag: „Fördermöglichkeiten für Wohnungsumbau im Alter"
(9.1.2013) Im Alter ist mit einem Nachlassen der Kräfte zu rechnen, oftmals auch mit Behinderungen und einer eingeschränkten Mobilität oder Motorik. Der Alltag in der eigenen Wohnung oder im Haus kann dann beschwerlich werden: Das Bad ist plötzlich viel zu klein, der Einstieg in die Badewanne eine Hürde, Stufen sind nicht mehr zu bewältigen und die Türen sind für den Rollator zu eng. Die Folge: Es muss umgebaut werden, um auch weiterhin das Eigenheim nutzen zu können. Doch barrierefreie Umbauten sind meist mit hohen Kosten verbunden. Architekt Michael Klingseisen informiert am Dienstag, 15. Januar, 19 Uhr, über finanzielle Förderungsmöglichkeiten für den Wohnungsumbau im Alter. Der Vortrag findet in der Münchner Volkshochschule Süd (MVHS), Albert-Roßhaupter-Straße 8, statt. Klingseisen versucht auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher einzugehen. Der Eintritt ist frei.
Die Münchner Volkshochschule bietet in Kooperation mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Bauen, Wohnen und Sanieren" an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und meistens Mitglieder des ehrenamtlichen Beratungsteams im Bauzentrum München.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 9. Januar 2013

Personalmangel und -ausfälle in den städtischen Krippen häufen sich: bei wie vielen herrscht Alarmstufe rot?
Anfrage Stadträtin Dr. Manuela Olhausen (CSU) vom 23.10.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Am 23.10.2012 stellten Sie eine Anfrage gem. § 68 der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt München in o. g. Angelegenheit.

In Ihrer Anfrage bezogen Sie sich auf Hinweise besorgter Eltern, die berichten, dass in den städtischen Kinderkrippen ein andauernder, mitunter dramatischer Personalmangel bestehe.

Zu den Fragen, die Sie zu diesem Sachverhalt stellen, kann ich Ihnen Folgendes berichten:

Frage 1:
Wie viele Krippen werden unter „rot" für besonders problematische Personalsituation geführt und welche Hilfe erhalten diese betroffenen Krippen?

Antwort:
Mit Stand 07.11.2012 wird keine städtische Kinderkrippe mit besonders problematischer Personalsituation geführt.

Frage 2:
Wie viele Stellen für Erzieherinnen/Erzieher sowie für Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger sind derzeit bei den städtischen Krippen unbesetzt?

Antwort:
Mit Stand 14.11.2012 sind bei städtischen Kinderkrippen unbesetzt:
- 11 Stellen für Erzieherinnen/Erzieher,
- 6 Stellen für Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger,
- 1 Leitung,
- 9 stellvertretende Leitungen.

Die Stellen des Stammpersonals an den Einrichtungen könnten abgedeckt werden, jedoch stehen für das Ausfallmanagement nicht mehr ausreichend Kräfte zur Verfügung.

Frage 3:
Wie viele Erzieherinnen/Erzieher sowie für Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger sind derzeit krankheitsbedingt für längere Zeit (über 6 Wochen) nicht im Dienst?

Antwort:
Stadtweit sind für alle Einrichtungsarten insgesamt 30 Aushilfsstellen für längerfristige Ausfälle beantragt. Diese Stellen werden von den Kindertageseinrichtungen bei der Geschäftsstelle der Abteilung KITA, Sachgebiet Personal und Organisation, beantragt, sobald absehbar ist, dass eine Kollegin/ein Kollege vor Ort längerfristig (i. d. R. über drei Monate) bzw. auf nicht absehbare Zeit durch Krankheit ausfällt. Über die Aushilfsstelle kann bis zur Rückkehr der erkrankten Person eine Vertretung fest an die Kindertageseinrichtung eingesetzt werden. (Die Hausrouliererinnen/Hausrouliere-rer, die im Rahmen des Ausfallmanagements eingesetzt werden, sollen hingegen kurzfristige Ausfälle abdecken.)

Frage 4:
Wie lange dauert es im Durchschnitt, bis eine Stelle für Erzieherinnen/Erzieher sowie für Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger wieder besetzt werden kann?

Antwort:
Für die Berufsgruppen der Erzieherinnen/Erzieher, Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger und Soialpädagoginnen/Sozialpädagogen gibt es bei der Abteilung KITA sogenannte Dauerausschreibungen. Die Anzeigen sind permanent auf *www.muenchen.de/stellen* geschaltet, da in allen genannten Berufsgruppen ein Personalmangel besteht. Es sind mehr freie Stellen verfügbar als Personen eingestellt werden können.
Eine konkrete Angabe der Verfahrenslänge seit einem Freiwerden einer Stelle ist nicht möglich. Besetzungen/Einstellungen sind aber innerhalb von max. 3 Wochen möglich, da jede Woche Vorstellungsrunden stattfinden. Der genannte Zeitkorridor ergibt sich aus der Tatsache, dass zur Einstellung ein erweitertes Führungszeugnis zwingend benötigt wird und die Bearbeitungszeiten in der Meldestelle durch das Referat für Bildung und Sport nicht beeinflussbar sind.
Die für eine Einstellung benötigte Zeit hängt jedoch auch stark von der Geschwindigkeit ab, mit der Bewerberinnen/Bewerber Unterlagen beibringen. Die Abteilung KITA schöpft bereits alle Möglichkeiten aus, um das Verfahren so kurz wie möglich zu gestalten.

Frage 5:
Mussten schon Gruppen geschlossen werden, weil diese nicht mehr ausreichend Betreuungspersonal zur Verfügung hatten?

Antwort:
Mit Stand 08.11.2012: Nein.

Frage 6:
Falls ja, wo können diese Kinder dann ersatzweise betreut werden?

Antwort:
Entfällt, da Frage 5 mit nein beantwortet wurde.

Frage 7:
Wie gewährleistet die Stadt, ausreichend Erzieherinnen/Erzieher sowie Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger zu gewinnen bei dem gleichzeitig enorm steigenden Bedarf durch den konstanten Neubau von Kitas?

Antwort:
Aufgrund der enorm gestiegenen Nachfrage nach staatlich geprüften Erzieherinnen und Erziehern wurden in den letzten Jahren die Ausbildungskapazitäten der Städt. Fachakademie für Sozialpädagogik kontinuierlich erweitert. Die Landeshauptstadt schöpft das Reservoir aller verfügbaren Bewerberinnen und Bewerber für diese Ausbildung vollständig aus. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler ist seit 2008 um 364 auf derzeit 1.432 gestiegen.

Bereits seit Jahren wirbt die Stadt intensiv um Erziehungskräfte. Ein Beispiel ist eine bundesweite Kampagne zur Personalgewinnung, mit deren Hilfe in den Jahren 2008 mit 2011 insgesamt mehr als 1.400 Erziehungskräfte eingestellt wurden.

Um bundesweit neues Personal zu gewinnen, wird die Werbekampagne aus dem Jahr 2008 fortgesetzt. Geworben wird weiterhin mit den hohen Münchner Qualitätsmerkmalen wie einem niedrigen Betreuungsschlüssel, Aufstiegsmöglichkeiten, Betrieblichem Gesundheitsmanagement, Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten sowie einer pädagogischen Vielfalt. Mit einem neuen Qualifizierungsprogramm sollen Personen rekrutiert werden, die den Beruf der Erzieherin/des Erziehers erlernt haben und jetzt branchenfremd arbeiten. Darüber hinaus werden die guten Kooperationen mit diversen Ausbildungsstätten im In- und Ausland intensiv fortgeführt.

Darüber hinaus wurden im Juli 2012 mit der von der Abteilung KITA initiierten Beschlussvorlage „Maßnahmen zu Personalgewinnung und Personalerhalt in städtischen Kindertageseinrichtungen“ verschiedene Maßnahmen beschlossen, um den Mangel abzumildern.
So wurde die Möglichkeit geschaffen, geringfügig und kurzfristig Beschäftigte einzustellen. Zusätzlich wurden im August 2012 alle beurlaubten Erzieherinnen/Erzieher und im Oktober 2012 alle beurlaubten Kinderpflegerinnen/Kinderpfleger angeschrieben, mit der Zielsetzung, dadurch derzeit beurlaubtes Personal zu aktivieren.

Das Chaos in der Vergangenheit beim Baumanagement der Städtischen Klinikum München GmbH braucht eine konkrete Aufklärung. Es müssen Ross und Reiter bei den Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten benannt werden.
Antrag Stadträtin Eva Caim (CSU) vom 4.9.2012

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Sie fordern in Ihrem Antrag Nr. 08-14/A 03626 eine Berichterstattung an den Stadtrat. Ihrem Antrag legen Sie folgenden Sachverhalt zu Grunde:

„1. Dem Gesellschafter der Städtischen Klinikum GmbH wird berichtet, wie es zu dem Chaos in der Bauverwaltung des der Kliniken kommen konnte.

2. Es wird darauf eingegangen, in welche Zuständigkeit, in welcher Verantwortung und in welcher mangelhaften Organisationsstruktur dieses Desaster entstehen konnte.

3. Es wird erläutert, welche Konsequenzen für die betroffenen Personen und die künftige Organisation gezogen werden."

Zu Ihrem Antrag kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Die Prüfungen durch das Revisionsamt sind abgeschlossen. Auf Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 17.07.2012 sollen die Prüfberichte StKM: Baumanagement und Technik 1-3 dem Fachausschuss bekannt gegeben werden. Diese wurden in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22.11.2012 in die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses vertagt und wird nun in der Sitzung am 13.12.2012 erfolgen. Über die Umsetzung der Empfehlungen wird dem Rechnungsprüfungsausschuss voraussichtlich in seiner Sitzung im März 2013 berichtet werden.

Ich bitte von meinen Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass Ihr Antrag damit erledigt ist.

Was ist mit den Münchner Taxen los?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 22.10.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Mit Schreiben vom 22.10.2012 richteten Sie die im Betreff genannte Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister und führten hierzu als Begründung aus:

„In jüngster Zeit ereigneten sich innerhalb einer guten Woche gleich zwei schwere Unfälle, an denen Taxis beteiligt waren und die geeignet sind, das Vertrauen in Taxifahrer zu erschüttern: am 12. Oktober kollidierte am Hauptbahnhof ein Taxi mit einer Tram – ein Schwerverletzter. Am 21. Oktober raste ein Taxi in der Landshuter Allee ungebremst in einen havarierten Bus; vier Schwerverletzte und eine Tote waren zu beklagen. Zuvor schon, am 1. Oktober übersah ein Taxifahrer an einer Kreuzung in Untergiesing-Harlaching einen Motorradfahrer, der nach links abbiegen wollte. Der Motorradfahrer wurde schwer verletzt. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Hier drängen sich, auch außerhalb des Wiesn-Kontextes, Fragen nach der Sicherheit und zu anderen Aspekten des Münchner Taxlergewerbes auf."

Herr Oberbürgermeister Ude hat das Kreisverwaltungsreferat mit der Beantwortung Ihrer Anfrage beauftragt.

Frage: 1
In wie vielen Fällen waren Taxen in der LHM in den Jahren 2010 und 2011 an Verkehrsunfällen im Stadtgebiet beteiligt? Welchem Anteil an der Zahl der Verkehrsunfälle insgesamt in den genannten Zeiträumen in München entspricht dies? In wie vielen Fällen war der Taxifahrer der Hauptschuldige? (Bitte jahrweise angeben!)

Frage: 2
Wie viele Kraftfahrzeuge sind durchschnittlich jeden Tag Teilnehmer am Straßenverkehr in der LHM? Wie viele davon sind Taxis?
Frage: 4
Wie viele der Münchner Taxifahrer sind Ausländer? (Hinweis: laut dem Internetportal „service.isarfunk.de" gibt es im Münchner Taxigewerbe „sowohl bei den angestellten Fahrern wie auch bei den Taxiunternehmern einen sehr hohen Ausländeranteil" (http://service.isarfunk.de/index.php/component/content/article/33-archiv/archivartikel/1146-integration-pur).

Frage: 5
In wie vielen Fällen wurden 2010 und 2011 Taxifahrer in München wegen überhöhter Geschwindigkeit belangt?

Antwort zu den Fragen 1, 2, 4 und 5:
Diese Fragen können vom Kreisverwaltungsreferat nicht beantwortet werden. Uns liegen dazu keine Zahlen bzw. Statistiken vor.

Frage: 3
Wie viele Taxilizenzen wurden 2010 und 2011 in München entzogen?
Wie viele Taxilizenzen gibt es derzeit in der LHM?

Antwort:
In München wurden 2010 und 2011 insgesamt fünf Taxilizenzen entzogen.
Derzeit gibt es bei der Landeshauptstadt München 3 407 Taxilizenzen.

Fahndungserfolge beschleunigen – Fahndungsfotos zeitnah veröffentlichen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 23.10.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Ihre an das Kreisverwaltungsreferat gerichtete Aufforderung befasst sich mit einer Angelegenheit, die der laufenden Aufgabenerledigung zuzuordnen ist und deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Herrn Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist rechtlich nicht möglich. Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Herrn Oberbürgermeister auf dem Schriftweg zu beantworten.

Mit Schreiben vom 23.10.2012 beantragten Sie, dass der Stadtrat folgendes beschließt:
„Die Stadt bzw. das Kreisverwaltungsreferat setzt sich mit der Münchner Polizei ins Benehmen und wirkt darauf hin, dass Fahndungsfotos von flüchtigen Tatverdächtigen künftig möglichst zeitnah veröffentlicht werden. – Dem Stadtrat wird Bericht erstattet.“

Bei der von Ihnen angesprochenen Thematik handelt es sich um eine Angelegenheit, die ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fällt. Es ist deshalb seitens der Landeshauptstadt München nicht vorgesehen, Ihrem Vorschlag zu folgen. Sofern Sie eine Stellungnahme zu Ihrer Anregung wünschen, kann diese mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates nur durch das Polizeipräsidium München abgegeben werden.

Ich bitte Sie von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Islamische Speisevorschriften an Münchner Kindergärten?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 15.11.2012

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Am 15.11.2012 stellten Sie gemäß §68 GeschO die mit den folgenden Worten eingeleitete Anfrage: *„Unter der Überschrift ‚Kieler Kitas verbannen die Currywurst' berichtet die Internetseite des ‚Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages' (shz.de) über Umstellungen des Verpflegungsangebotes an Kieler Kindergärten mit einem nennenswerten Anteil an muslimischen Kindern. Selbst konfessionelle Kindergärten gingen inzwischen dazu über, mit Rücksicht auf muslimische Kinder etwa auf Schweinefleisch komplett zu verzichten: ‚Eine ordentliche Currywurst oder ein paar knackige Wiener zum Mittag – darauf müssen immer mehr Kinder in städtischen Kitas verzichten. Der Grund: In vielen Kindertageseinrichtungen gibt es Kinder aus muslimischen Familien, und da nach islamischem Glauben Schweinefleisch als unrein angesehen wird, ist der Genuss nicht ‚halal' (erlaubt) und somit verboten', heißt es bei shz.de (http://www.shz.de/nachrichten/top-thema/artikel/keine-currywurst-mehr-in-kieler-kitas.html). – Es stellen sich Fragen nach der Situation und einschlägigen Regelungen an Münchner Kindergärten."*

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie ist die Verpflegung muslimischer Kinder an Münchner bzw. bayerischen Kindertagesstätten grundsätzlich geregelt, was die Berücksichtigung islamischer Speisevorschriften angeht – welche generellen Vorschriften gibt es, bei der Zusammensetzung des Speisenangebotes auf die Essgewohnheiten von Kindern mit muslimischem Hintergrund prinzipiell bzw. ab einem bestimmten Anteil an muslimischen Kindern Rücksicht zu nehmen? Inwieweit liegt die Gestaltung des Speisenplans im Ermessen der Kita-Leitungen?

Antwort:
Die Speisepläne für die Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertageseinrichtungen werden von den Einrichtungen erstellt. Da bei der Speiseplangestaltung auch religiöse und kulturspezifische Besonderheiten Berücksichtigung finden, können zum Beispiel für muslimische Kinder alternative Speisen angeboten werden.

Frage 2:
Inwieweit wird an Münchner Kindergärten – etwa aus Gründen der Praktikabilität – inzwischen grundsätzlich auf die Ausreichung von Schweinefleisch verzichtet?

Antwort:
Fleisch wird in städtischen Kindertageseinrichtungen abwechselnd von unterschiedlichen Tierarten angeboten.

Knapper Wohnraum für Studenten – eine unendliche Geschichte
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.12.2012

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 10.12.2012 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

Ihre Anfrage vom 10.12.2012 leiten Sie mit folgender Vorbemerkung ein:
„104.027 Studenten gab es laut Statistischem Jahrbuch der Stadt im Wintersemester 2011/2012 in München. Sie sind von der in München herrschenden Wohnungsknappheit in besonderer Weise betroffen, zumal Studenten mit ihrem knappen Budget nicht unbedingt Wunsch-Mieter auf dem Wohnungsmarkt sind. Im November suchten laut Studentenwerk noch 3.000 Studierende händeringend nach einem Platz im Studentenwohnheim, doch gibt es davon in München nur 11.000, weshalb im Oktober vorübergehend sogar ein Matratzenlager in der Uni errichtet wurde. Auch Bundesbauminister Ramsauer (CSU) hat das Problem erkannt und deshalb Ende November das Gespräch mit Studentenwerken, Immobilienwirtschaft und Banken gesucht, um neuen Wohnraum für Studenten zu gewinnen. — Es bleiben Fragen.“

Frage 1:
In der Antwort auf eine Anfrage des Fragestellers vom 02.11. („Umstrittene Prioritäten in der Knorrstraße 29 – Migranten statt Studenten“) teilt das Sozialreferat mit, allen im Juni im Studentenwohnheim in der Knorrstraße gekündigten Studenten hätten neue Unterkünfte vermittelt werden können. Wie stellt sich die Situation im laufenden Wintersemester dar – über wie viele freie Plätze im Studentenwohnheim verfügt das Münchner Studentenwerk derzeit (bitte möglichst aktueller Stand!)? Wie viele Plätze können erforderlichenfalls kurzfristig durch unkonventionelle Maßnahmen wie Matratzenlager etc. geschaffen werden?

Antwort:
Die Schaffung von Wohnraum für Studierende ist Aufgabe des Freistaates Bayern. Das Studentenwerk München übernimmt diese staatlichen Aufgaben.

Laut fernmündlicher Auskunft des Studentenwerks sind derzeit keine Wohnplätze in Studentenwohnheimen des Studentenwerks frei. Seit Beginn des Wintersemesters 2012/2013 hat sich die Lage jedoch entspannt,

die oben angesprochenen Notunterkünfte sind seit Ende November 2012 mangels Nachfrage aufgelöst.

Die in der Anfrage angesprochenen 3.000 Wohnraum suchenden Studierenden, sind die Personen, die die über mehrere Semester geführte Warteliste enthält. Erfahrungsgemäß hat sich zwischenzeitlich ein Großteil der Studierenden bereits mit Wohnraum auf dem freifinanzierten Markt versorgt.

Frage 2:
Mit welchen eigenen Initiativen versucht die Stadt, ggf. unabhängig von den Bemühungen des Bundesbauministers neuen Wohnraum für Studenten zu schaffen?

Antwort:
Auf kommunaler Seite plant die GEWOFAG Holding GmbH, gefördert durch die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, auf dem Gelände der ehemaligen Funkkaserne rund 90 Studentenwohnungen.

Frage 3:
Inwieweit sind ggf., wie vom Bundesbauminister angeregt, Kasernenanlagen in die Planung zur Schaffung von neuem Wohnraum für Studenten einbezogen?

Antwort:
Kasernenanlagen sind in München in die Planung zur Schaffung von neuem Wohnraum für Studenten nicht einbezogen.

Belastende GEZ-Gebühren
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 13.12.2012

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 13.12.2012 führen Sie Folgendes aus:

„Nicht nur Mieten und Wohnnebenkosten werden für viele Menschen in Zeiten sinkender Löhne, explodierender Mieten und horrender Spritpreise immer mehr zum Problem. Auch die GEZ-Gebühren sind – zumal für einkommensschwächere Mitbürger – keineswegs ‚peanuts', sondern können eine echte Belastung sein. Die ‚Haushaltsabgabe' ab Januar 2013 wird daran nichts ändern. – Es ergeben sich Fragen."

Zu Ihrer Anfrage vom 13.12.2012 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie entwickelte sich im Zeitraum von 2008 bis 2012 die Zahl der Personen in der LHM, die Schulden bei der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) haben? (Bitte pro Jahr aufführen!)

Frage 2:
Bei wie vielen Personen mit Außenständen bei der GEZ wird die Schuldenregulierung durch Inkasso-Unternehmen betrieben? (Bitte pro Jahr aufführen!)

Frage 3:
In wie vielen Fällen konnte die GEZ ihre Außenstände im Zeitraum von 2008 bis 2012 erfolgreich abbauen bzw. durch Ratenzahlungen vermindern? (Bitte pro Jahr aufführen!)

Antwort zu Fragen 1-3:
Diese Zahlen liegen der Landeshauptstadt München nicht vor.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 9. Januar 2013

Der Münchner Stadtarchäologie eine städtische Heimat geben
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Richard Quaas (CSU)

Verknüpfung Zweite Stammstrecke – U-Bahn am Hauptbahnhof
Anfrage Stadtrat Paul Bickelbacher (Bündnis 90/Die Grünen)

Noch eine Synagoge: Kosten, Pläne und „unsere Pflicht“
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG
09.01.13

Der Münchner Stadtarchäologie eine städtische Heimat geben

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Münchner Stadtrat wird ein Konzept vorgelegt, wie die stadteigenen Fundstücke, die bei archäologischen Ausgrabungen insbesondere beim Marienhof zum Vorschein kamen, dauerhaft der Öffentlichkeit präsentiert werden können.

Dabei ist eine intensive Abstimmung mit fachlich zuständigen staatlichen und ggf. universitären Stellen (Landesdenkmalamt, Archäologische Staatssammlung u.a.) ebenso vorzunehmen wie museumspädagogische Zielsetzungen zu berücksichtigen sind.

Begründung:
Ziemlich überrascht dürfte die Öffentlichkeit mitbekommen haben, dass es um die Präsentation der Stadtärchäologie in München schlecht bestellt ist. Stand der Dinge ist, dass die Stadt selbst bislang ihre eigenen Fundstücke nicht öffentlich präsentiert – obwohl es ein nicht gerade kleines Stadtmuseum gibt.

Dabei haben insbesondere als sensationell apostrophierte /1/ Grabungsergebnisse beim Marienhof-Gelände das Thema „Stadtarchäologie“ seit geraumer Zeit für ein verstärktes öffentliches Interesse gesorgt.

Die CSU ist der Auffassung, dass die Stadt selbst hier endlich aktiv werden muss und sich nicht nur auf den Freistaat verlassen kann.

Quelle
/1/ http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ausgrabung-auf-dem-marienhof-sensationeller-griff-ins-klo-1.1174189

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Richard Quaas
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 09.01.2013

Anfrage

Verknüpfung Zweite Stammstrecke – U-Bahn am Hauptbahnhof

Der Geschäftsführer der MVG informierte, wie auch der Presse zu entnehmen war, Ende Dezember 2012 den Oberbürgermeister und die Fraktionen schriftlich über die Probleme der Verknüpfung des geplanten 2. Stammstreckentunnels mit der U-Bahn am Hauptbahnhof. Die Stadtwerke/MVG befürchten, dass die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der (städtischen) U-Bahn beeinträchtigt wird und lehnen die derzeitigen Planungen auch aus Sicherheitsgründen ab. Die Problemlage ist bereits seit Jahren bekannt und ist auch Teil der städtischen Einwendungen im Planfeststellungsverfahren. Auch die vor zwei Jahren vom Oberbürgermeister installierte Task Force konnte die Probleme bislang nicht lösen.

Die Stadtwerke/MVG machen in dem Schreiben auch konkrete Vorschläge hierzu und fordern von der DB als Vorhabensträgerin schnellstmöglich Planungsänderungen vorzunehmen.

Das Schreiben ist verbunden mit der dringenden Bitte an die Stadt, die Interessen der Stadtwerke/MVG an einer tragfähigen und zukunftsfähigen Lösung anzuerkennen, die auch das erkennbare Fahrgastwachstum und alle Sicherheitserfordernisse im Betriebsablauf berücksichtigt; sicherlich auch mit dem Hintergedanken, dass die LH München durch ihre beabsichtigte finanzielle Beteiligung am 2. Stammstreckentunnel die Planung auch mitgestalten können sollte.

Ich frage daher:

1) Warum ist keine direkte Verbindung von der neuen Stammstrecke zur U1/U2 geplant? Ist dies eine reine Kostenfrage oder scheidet dies aus technischen Gründen aus ?
2) Gibt es für das Projekt 2. Stammstreckentunnel Fahrgastprognosen, die jenseits des den Planfeststellungsunterlagen zu entnehmenden Fertigstellungstermins 2022 liegen?
3) Wie werden sich die Fahrgastströme des geplanten Haltepunkts „München Hauptbahnhof Bahnhofsplatz“ der 2. Stammstrecke verteilen auf die U1/21, U4/5, Bahn und die Oberfläche?
4) Wie lange benötigte ein Fahrgast schätzungsweise für das Umsteigen vom 2. Stammstreckentunnel zur U1/U2, wenn er gemäß des MVG-Vorschlags erst von der 41m tief gelegenen S-Bahn-Haltestelle zum Sperrengeschoss hoch und dann wieder zur 28 m tief gelegenen U-Bahn hinab muss?

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

5) Wie viele Fahrgäste würden (schätzungsweise) wegen eines unattraktiven Übergangs zur U1/U2 von der S-Bahn fernblieben bzw. gleich den alten Stammstreckentunnel nutzen oder auf ihn umsteigen?
6) Die neuen Umsteigezeiten und Umsteigerzahlen müssen vermutlich im Rahmen der Nutzen-Kosten-Untersuchung in der Betrachtung der Gesamtreisezeit berücksichtigt werden. Wie groß ist der Einfluss längerer Umsteigezeiten und -zahlen auf das Nutzen-Kosten-Verhältnis bei einer Neubewertung?
7) Die bisherige Planung sieht bei der Verknüpfung des 2. Stammstreckentunnels zur U4/U5 eine Treppenlage in der Mitte des Bahnsteigs der U4/U5 vor und reduziert dadurch die (insbesondere zu Oktoberfestzeiten bereits überlasteten) Bahnsteigsflächen. Da die geplante 2. Stammstrecke nicht an der „Hackerbrücke“ halten wird, werden insbesondere während des Oktoberfestes deutlich mehr Festbesucher als bisher am Hauptbahnhof ankommen. Gibt es bereits Überlegungen wie der Besucherverkehr zum Oktoberfest geregelt werden könnte, beispielsweise durch eine Sperrung des Zugangs von der 2. Stammstreckentunnel zur U4/U5?

Initiative:
Paul Bickelbacher
Mitglieder des Stadtrates

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
09.01.2013

Noch eine Synagoge: Kosten, Pläne und „unsere Pflicht“

Mit Interesse werden viele Münchnerinnen und Münchner einer aktuellen dpa-Meldung entnommen haben, daß mithilfe einer „Anschubfinanzierung“ des Bundes in Höhe von 200.000 Euro und weiterer Unterstützung vom Freistaat in nicht näher benannter Höhe nunmehr auch die „Alte Synagoge“ in der Reichenbachstraße renoviert und in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden soll. Ein Architektenbüro soll die erforderliche Gesamtsumme auf bis zu „sechs Millionen“ Euro beziffern. Die Vorsitzende des Vereins „Synagoge Reichenbachstraße“, Rachel Salamander, läßt sich zu der Renovierung mit der Feststellung vernehmen: „Das nachzuholen, ist unsere Pflicht. Wir, Juden und Nichtjuden, sind verantwortlich.“ Der Münchner OB soll erklärt haben: „Die Stadt steht hinter dem Projekt“ (alle Zitate: http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.alte-synagoge-sechs-millionen-euro-stadt-steht-hinter-renovierung.a85eb056-56ee-4de6-897e-f72beeb3d046.html; abgerufen: 09.01.2013, 2.21 Uhr). – Es stellen sich Fragen:

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Bis wann glaubt die Stadt nähere Angaben darüber machen zu können, welcher Anteil der geschätzten Kosten in Höhe von bis zu sechs Millionen Euro für die Wiederherstellung der „Alten Synagoge“ in der Reichenbachstraße von der LHM zu tragen sein wird?

2. Wie positioniert sich die Stadt zur Aussage der Vorsitzenden des Vereins „Synagoge Reichenbachstraße“, Rachel Salamander, es sei „unsere Pflicht“, die Wiederherstellung der in Rede stehenden Synagoge nachzuholen?

Karl Richter
Stadtrat